

# Katholisches Forum Leben in der Illegalität

Vorsitzender: Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz

Geschäftsstelle c/o Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS)  
Witzlebenstr. 30a 14057 Berlin

## Presseinformation vom 16.5.2005

### WENIGER LEGALISIERUNG - MEHR MENSCHENRECHTE TUN NOT!

In Bonn ist die Staatsanwaltschaft im Städtischen Jugendamt vorstellig geworden, weil in städtischen und kirchlichen Einrichtungen ausländische Kinder ohne Aufenthaltsstatus (= 'Illegale') betreut werden. Betroffene müssen nun mit Verfahren wegen Verdachts auf Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt rechnen. Ebenso hat die Stadt die Betreuungseinrichtungen auf ihre Meldepflicht hingewiesen (Bonner Generalanzeiger, 11+12.5., Bonner Express 12.5.2005).

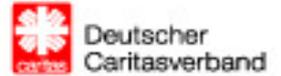
Zur gleichen Zeit wird breit diskutiert, ob auch in Deutschland eine Legalisierungsamnestie von 'Illegalen', wie sie jüngst in Spanien erfolgte, sinnvoll wäre: Während SPD (Dieter Wiefelspütz, taz, 9.5.2005) und Bündnisgrüne (Claudia Roth, Frankfurter Rundschau, 13.5.2005) Sympathien erkennen lassen, verwahrt sich die Union heftig dagegen (Hartmut Koschyk/Thomas Strobl, Pressemitteilung vom 12.5.2005). Dabei gehen Zwischentöne unter, die in allen vorgenannten Stellungnahmen auch enthalten sind und so drohen die wirklichen Prioritäten verloren zu gehen: Derzeit geht es nicht in erster Linie um Legalisierung, sondern um die sozialen Rechten 'Illegaler', etwa das Recht auf Gesundheitsfürsorge oder eben auf Kindergarten- und Schulbesuch: Hier besteht der dringendste Handlungsbedarf.

Der Vorfall in Bonn zeigt, wie dünn das Eis ist, auf dem alle Beteiligten - Träger von Kindergärten, Behörden, illegale Kinder und deren Eltern - sich bewegen. Das Katholische Forum 'Leben in der Illegalität' schließt sich dem Protest der Bonner Stadtkirchen gegen das Vorgehen der Behörden an. Dies umso mehr, als in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen eine besondere Unsicherheit besteht: Während beispielsweise der Innenminister eine Meldepflicht für Schulleiter bejaht, wird diese vom Parlamentarischen Gutachterdienst des Landtags verneint. Das Katholische Forum appelliert an Gesellschaft und Politik, hier rechtliche Klarheit zu schaffen:

Die Gewährung sozialer Rechte beinhaltet nicht automatisch das Recht auf Aufenthalt. Der Staat kann unerlaubten Aufenthalt mit Polizei, Grenzschutz und Kontrolleuren von Arbeitsamt und Zoll bekämpfen. Es sollen dazu aber nicht Ärzte, Krankenhäuser, Schulverwaltungen und vergleichbare Stellen verpflichtet werden, zu deren berufsspezifischen Aufgaben nicht die Ermittlung von unerlaubtem Aufenthalt gehört. Wie die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann zu Recht bemerkt: Es muss vermieden werden, dass "der ungeklärte Aufenthaltsstatus auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird." (Bonner Generalanzeiger, 11.5.2005)

Weitere Informationen: P. Dr. Jörg Alt SJ, Geschäftsführung, Tel. 0177/ 507 5435

Weitere Mitglieder:



Geschäftsstelle c/o  
Jesuiten-Flüchtlingsdienst  
Deutschland (JRS)

Witzlebenstr. 30a  
14057 Berlin  
Fon 030/ 32602591  
Fax 030/32602592  
[www.forum-illegalitaet.de](http://www.forum-illegalitaet.de)  
[forum-illegalitaet@web.de](mailto:forum-illegalitaet@web.de)  
Darlehenskasse Münster  
Kontoinhaber: Verband der  
Diözesen Deutschlands  
Kto: 38 38 300  
BLZ: 400 602 65  
Verwendungszweck:  
Projekt "Illegalität"